

Rußland auf dem Weg zum präsidentialen Autoritarismus

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1995). *Rußland auf dem Weg zum präsidentialen Autoritarismus*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 10/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45333>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußland auf dem Weg zum präsidentialen Autoritarismus

Zusammenfassung

Das erste Halbjahr 1994 schien in Rußland eine Phase innenpolitischer Konsolidierung einzuläuten. Zu erwähnen ist hier beispielsweise der von Jelzin initiierte "Vertrag über die Eintracht in der Gesellschaft" vom April 1994, in dem sich die Repräsentanten der meisten relevanten politischen und gesellschaftlichen Gruppen in Zentrum und Regionen zur zivilisierten Austragung von Konflikten verpflichteten. Inzwischen hat sich die Stabilisierung als Illusion erwiesen: Rußland befindet sich auf dem Weg zu einem präsidentialen Autoritarismus, der möglicherweise in einen Polizeistaat mündet. Hervorstechende Anzeichen hierfür sind u.a. die herausgehobene Stellung der "Machtministerien"; die wachsende Neigung der Exekutive, politische Konflikte gewaltsam statt auf dem Kompromißweg zu lösen; die Verschiebung der politisch-sozialen Basis des Präsidenten weg von den demokratischen hin zu rechts- und linksextremistischen Formationen. Allerdings gibt es auch Gegenkräfte zu diesen Tendenzen in Form von Parteien, staatsunabhängigen Medien, Interessengruppen im Bereich der Privatwirtschaft einschließlich des Finanzkapitals. Unter verschiedenen Szenarien scheint das folgende am wahrscheinlichsten: Fortsetzung des scheinbar starken, tatsächlich jedoch schwachen und daher instabilen Autoritarismus unter Jelzin, Tschernomyrdin oder einer Figur aus der zweiten Reihe wie dem Moskauer Oberbürgermeister Lushkow.

Im Jahre 1994 waren die inneren Entwicklungen in Rußland von widersprüchlichen Prozessen charakterisiert. Das Abenteuer des Tschetschenien-Kriegs hat diese Widersprüche weiter zugespitzt. Damit wurde die Zukunft des Landes für den Westen noch unberechenbarer, als sie es zuvor ohnehin schon war. Worin bestehen die zentralen Merkmale dieser Entwicklung? Hierzu in komprimierter Form zehn Thesen.

1. Die im Dezember 1993 per Referendum gebilligte neue Verfassung bildete, so schien es, die Grundlage für eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den einzelnen Machtzweigen. Zwar verschaffte sie der Institution der Präsidentschaft eine starke Stellung, doch waren mit der Föderalversammlung als

Legislative und dem Verfassungsgericht als Judikative bestimmte Gegengewichte gegen autoritäre Versuchen geschaffen. Verschiedene Initiativen der Exekutive schienen den Beginn einer Phase innenpolitischer Konsolidierung zu signalisieren. Dazu zählten: Der vom Präsidenten initiierte "Vertrag über die Eintracht in der Gesellschaft" vom April 1994, in dem sich die Repräsentanten der meisten relevanten politischen und gesellschaftlichen Gruppen in Zentrum und Regionen zur zivilisierten Austragung von Konflikten verpflichteten; die Kooptation von Vertretern der Opposition in die Regierung, die die politische und soziale Basis der Exekutive im Zeichen eines zentristischen Konsenses erweitern sollte; der Abschluß des Vertrags mit Tatarstan, der die Intention signalisierte, eine ausgewogene Balance zwischen Kompetenzen und Interessen von Zentrum und Subjekten der Föderation herzustellen. Im ökonomischen Bereich gelang die relative Stabilisierung des Rubel, wurden die Interessen des staatlichen Sektors ebenso bedient wie diejenigen der aufwachsenden Privatwirtschaft. Wie es schien, war Rußland auf dem Wege zu einer - wenn auch ungesicherten - Stabilität.

2. Die Ereignisse vom Winter 1994/95 haben diese Stabilität als Scheinstabilität und Illusion entlarvt. Rußland befindet sich möglicherweise auf dem Weg zu einem Militär- und Polizeistaat. Hervorstechendste Anzeichen hierfür sind: Die Entschlossenheit der Exekutive, sich über wichtige Verfassungsbestimmungen hinwegzusetzen, was den verbreiteten Rechtsnihilismus weiter stimuliert; die herausgehobene Stellung der sogenannten "Machtministerien" in der Exekutive - Verteidigungsministerium, Innenministerium, Föderaler Sicherheitsdienst (der frühere KGB); die wachsende Neigung, politische Konflikte nicht über Kompromisse, sondern gewaltsam zu lösen; die Verschiebung der politisch-sozialen Basis des Präsidenten weg von den demokratischen Kräften hin zu rechts- und linksextremistischen Formationen; der wachsende Einfluß solcher Politiker, die der Stärkung des Staatssektors in der Wirtschaft Vorrang vor Reformen und Privatisierung geben.
3. Aus alledem entsteht jedoch keine neue Stabilität, sondern bestenfalls ein instabiler Autoritarismus, schlimmstenfalls eine autoritäre Konfusion mit der Perspektive neuer gewaltsamer Konfrontation. Dafür sprechen nicht zuletzt drei Punkte: die Schwäche der russischen Staatlichkeit, die den Möglichkeiten der Exekutive zur Durchsetzung ihrer Politik Grenzen setzt; die Existenz von - wenn auch geschwächten - Gegengewichten in Form bestimmter politischer Formationen, wirtschaftlicher Interessengruppen und spezifischer Aspirationen der Regionen; schließlich die Differenzen von Interessen und Konzeptionen in der Exekutive selbst und sogar innerhalb ihrer einzelnen Machtsäulen wie dem Ministerium für Verteidigung. All dies birgt die Perspektive einer Eigenblockade der Machtstrukturen oder sogar ihrer Spaltung in sich.
4. "Stärkung der Staatsmacht" - so lautete der Titel der Botschaft, die Jelzin im Februar 1994 an die Staatsduma richtete. Sie ging von der korrekten Einsicht aus, daß nur ein starker Staat Rußland zu einem Aufschwung verhelfen kann. Quelle der Stärke sollte jedoch nicht wie in früheren Zeiten die Gewalt bilden, sondern das konstruktive Zusammenspiel der Gewalten im Rahmen des konstitutionellen Regelwerks sowie die aktive Einbeziehung der Bürger und Gruppen in die multidimensionalen Transformationsprozesse. Tatsächlich ist die "Stärkung der Staatsmacht" seither ganz anders verlaufen: Die Präsidialmacht mit ihrem aufgeblähten Apparat hat sämtliche wichtigen Entscheidungen an sich gezogen - z.T. unter Umgehung der Verfassung und unter Ausschaltung der Regierung. Das Parlament hat de facto seine Kontrollfunktion eingebüßt, das Verfassungsgericht ist noch nicht konstituiert. Zum eigentlichen Entscheidungszentrum wurde der dem früheren Politbüro vergleichbare, dem Präsidenten zugeordnete Sicherheitsrat - ein unkontrolliertes Machtorgan, dessen Mitglieder von Jelzin ernannt werden.
5. Der Sicherheitsrat ist in sich jedoch keineswegs homogen: In dem Maße, in dem er zum eigentlichen Entscheidungszentrum wird, wachsen in seinen Reihen die Differenzen zwischen den Repräsentanten unterschiedlicher Konzeptionen und Interessen. Deutlich sichtbar sind die Bruchlinien gerade beim Tschetschenien-Abenteuer: Die "Partei des Krieges" um die Vertreter des Militär-Industrie-Komplexes (Lobow, Soskowez) suchen die gewaltsame Entscheidung, um damit ein Zeichen zu setzen für ihre Konzeption eines mit harter Hand zentral regierten Rußland. Andere dagegen plädieren eher für eine politische Lösung, wie Regierungschef Tschernomyrdin, weil sie die politischen und ökonomischen Kosten des Krieges fürchten. Auch in anderen Fragen zeigen sich im Sicherheitsrat grundsätzliche Divergenzen. In der Wirtschaftspolitik beispielsweise befürwortet die harte Fraktion eine

Renationalisierung wichtiger Industriezweige und wendet sich gegen eine Liberalisierung russischer Energieexporte, als Modell scheint ihr eine staatlich gelenkte, weitgehend autarke Entwicklung der Wirtschaft vorzuschweben. Die Gruppe um Tschernomyrdin dagegen hält an ihrem Privatisierungskonzept sowie an ihrer liberalen Exportpolitik mit dem Ziel der Einbindung Rußlands in die internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung fest.

6. Da der Präsident die wichtigsten politischen Entscheidungen - vermittelt über den Sicherheitsrat - an sich gezogen hat, wird er auch für die Mißerfolge verantwortlich gemacht. Das Abenteuer in Tschetschenien, ursprünglich geplant als "kleiner siegreicher Krieg" zur Stärkung der präsidentialen Autorität, hat mit all seinen negativen Begleit- und Folgeerscheinungen den Präsidenten weiter diskreditiert und das Präsidentenamt als solches unterminiert. Statt als integrierende Kraft des Systems zu wirken, unterliegt der Präsident und mit ihm die höchste staatliche Institution des Systems einem raschen Erosionsprozeß.
7. Das ist um so gefährlicher, als sich beide Zweige der Föderationsversammlung als unwillig und unfähig erwiesen, dem Tschetschenien-Abenteuer des Präsidenten relevanten Widerstand entgegenzusetzen. In der Staatsduma blieben die Demokraten um Gaiders "Rußlands Wahl" und um Jawlinskijs "Jabloko" in der Minderheit; im Föderationsrat blockierten die von der Jelzin-Administration abhängigen Gouverneure und Provinzpolitiker (96 von insgesamt 176) wirkungsvollen Einspruch. Hinzu kommt, daß es Jelzin gelang, Duma-Sprecher Rybkin und Föderationsrats-Sprecher Schumeiko als ex-officio-Mitglieder in den Sicherheitsrat einzubinden, wo sie eine harte Linie bezogen. Die Einbindung der Sprecher der Legislative in das Entscheidungsorgan der Exekutive demonstriert: Durch die Duldung der Kooptation der Spitzenrepräsentanten des Parlaments in die präsidentialen Machtstrukturen hat die Legislative de facto selbst auf jene begrenzten Kontrollrechte verzichtet, die ihr von der Verfassung eingeräumt werden. Das wird ihr ohnehin geringes Ansehen in der Bevölkerung weiter reduzieren.
8. Die Usurpation der politischen Entscheidungen durch die präsidentialen Machtstrukturen korrespondiert mit der Schwäche der zivilen Gesellschaft. Die politischen Parteien als deren wichtigster Ausdruck spielen bis heute eine nur geringe Rolle und konzentrieren sich im allgemeinen auf wenige Großstädte: Die rechtsextreme LDPD Shirinowskijs, die konservativ-liberale "Demokratische Wahl Rußlands" unter Führung von Gaidar, die liberale "Jabloko"-Parlamentsgruppe um Jawlinskij, die links-zentristisch-kommunistischen Formationen von KP und Agrariern, schließlich jene versprengten Organisationen, die die Bildung einer Partei sozialdemokratischen Typs unter Lipizkij anstreben. Die Jelzin-Gruppe hat nicht nur die Verbindung zur Gesellschaft verloren, sondern auch zu den Formationen der Demokraten, ohne zugleich wirklich die Zustimmung der Extreme auf der Rechten und Linken zu gewinnen. Die eigentliche Stütze der präsidentialen Exekutive bilden die Machtministerien einschließlich der Bürokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Folge sind Stagnation, wirtschaftlicher Niedergang und moralischer Verfall.
9. Gleichwohl wäre es verfehlt, Ansätze für eine Zivilgesellschaft sowie für Gegenmacht gering zu schätzen. Dazu zählen vor allem: die staatsunabhängige Presse mit ihrer scharfen Kritik an der Politik der präsidentialen Machtstrukturen; die Herausbildung von Interessengruppen insbesondere im Bereich des privaten Wirtschafts- und Finanzkapitals mit seinem Einfluß bis hinein in die Exekutive; das wachsende Selbstbewußtsein in den Regionen, das zwar selten demokratisch fundiert, dafür aber auf wachsende Eigenständigkeit vom Zentrum bedacht ist - insbesondere auf den Feldern Wirtschaft, Steuern, Eigentum. Für die Staatsmacht würde es ein hohes Risiko in sich bergen, wollte sie diese Formen von Autonomie und Selbstorganisation rückgängig machen. Freilich gibt es eine Reihe von Anzeichen dafür, daß der harte Kern in den Machtstrukturen gerade dies beabsichtigt (Einschüchterung der staatsfreien Presse, Repressalien gegen das Privatkapital, Warnungen an die nach Autonomie strebenden Regionen).
10. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sind folgende Szenarien denkbar:
 - Eine harte Diktatur, entweder in Form einer großrussisch-nationalistischen oder einer "pragmatischen" law-and-order-Variante nach dem Muster Pinochets. Angesichts der Prozesse von Differenzierung, Demokratisierung und Autonomisierung wären beide Varianten nur unter hohen politischen Kosten und wohl kaum dauerhaft durchsetzbar.
 - Durchbruch Rußlands zu Demokratie und sozial gebundener Marktwirtschaft unter Gaidar oder

Jawlinskij. Beide repräsentieren jedoch nur eine Minderheit in Elite und Bevölkerung.

- Fortsetzung des scheinbar starken, tatsächlich jedoch schwachen und daher instabilen Autoritarismus unter Jelzin, Tschernomyrdin oder einer Figur aus der zweiten Reihe wie dem Moskauer Oberbürgermeister Lushkow. Dieses Szenario scheint das wahrscheinlichste: Es entspricht den widersprüchlichen Entwicklungen und ungefestigten Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft. Oder genereller ausgedrückt: Es bringt die Tatsache zum Ausdruck, daß Rußland weder im Hinblick auf seine innere Ordnung noch auf seine Identität nach innen und außen eine Entscheidung getroffen hat.

Heinz Timmermann

Der vorliegende Beitrag bildete die Grundlage eines Referats vor dem European Forum for Democracy and Solidarity der Sozialistischen Internationale am 27. Januar 1995 in Brüssel.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071